



Peter Weckmann MdL

Neues aus
dem Landtag
07/2014 - September

SPD



Peter Weckmann ... für den Essener Süden!

Aktuell:

- **Expertenanhörung zu Plänen für Transparenzregeln**
... Seite 1
- **6. Jugendlandtag erfolgreich beendet**
... Seite 2
- **Landtagstalk zu Transatlantischem Freihandelsabkommen (TTIP)**
... Seite 3
- **Hochschulzukunftsgesetz verabschiedet**
... Seite 4
- **Projekt Bürgerbäume nach Ela**
... Seite 4
- **Aufregung um die Zukunft des „VGSU“ in Rüttenscheid**
... Seite 5
- **Zersplitterung in den Räten führt zu Handlungsproblemen**
... Seite 6
- **Verfassungskommission 2.0 - Mitmachportal gestartet**
... Seite 7
- **200ster Stammtisch der IGBCE Essen-Süd**
... Seite 7
- **Ortstermin beim Asylbewerberheim in Dilldorf und beim CJD Zehnthof**
... Seite 8

Mit voller Kraft in die zweite Jahreshälfte

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, die parlamentarische Sommerpause ist vorbei, die Parlamente auf allen Ebenen haben ihre Arbeit wieder aufgenommen. Auch wir in Düsseldorf hatten mit dem Nachtragshaushalt 2014, der aufgrund des Urteils zur Beamtenbesoldung nötig war, und mit dem Haushaltsentwurf 2015 direkt einige gewichtige Themen auf der Tagesordnung. Aber auch andere Punkte bestimmten die ersten Plenartage. Wie gewohnt berichte ich im Innenteil über einige. Und auch auf Essener Ebene stehen Richtungsentscheidungen für die Zukunft an. Die

Verhandlungen mit der CDU auf kommunaler Ebene schreiten weiter voran. Morgen auf dem Parteitag wählen wir einen neuen Unterbezirksvorstand, auf den in den nächsten Monaten einiges an Arbeit wartet. Dem scheidenden Vorsitzenden Dieter Hilser an dieser Stelle herzlichen Dank und der einzigen Kandidatin für den Parteivorsitz wünsche ich ein gutes Ergebnis.

Ihr/Euer
Peter Weckmann

Ausführliche Informationen zu den letzten Plenartagen gibt es im Newsletter unserer Landtagsfraktion:

- **Anmeldung unter:**
www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

Expertenanhörung zu Plänen für Transparenzregeln

Im letzten Newsletter habe ich bereits berichtet, dass sich die Fraktionen von SPD, GRÜNEN, CDU und FDP auf Änderungen im Abgeordnetengesetz verständigt haben, um mehr Transparenz bei Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu schaffen.

In einer Expertenanhörung wurde nun der Gesetzentwurf der vier Fraktionen, aber auch der der Piraten unter die Lupe genommen.

Einig waren sich die Experten, dass zu viel Transparenz dem Parlamentarismus schadet. Besonders hart gingen sie mit dem Gesetzentwurf der Pira-

ten ins Gericht, die alles kontrollieren und jeden Abgeordneten unter Generalverdacht stellen wollen. „Vorzugswürdig“ wurde der Gesetzentwurf der übrigen Fraktionen genannt. In unserem Modell wird ein Ausgleich zwischen der - ganz ohne Frage notwendigen - Kontrolle, aber auch deren nötigen Grenzen herbeigeführt. Der ehemalige NRW-Innenminister und Jurist Dr. Dr. Burkhard Hirsch wurde sehr deutlich, als er den Entwurf der Piraten als „weit übers Ziel hinaus geschossen“ bezeichnete, den anderen Entwurf jedoch als „völlig ausreichend“. Wenn das Protokoll vorliegt, wird das Thema weiter behandelt.

6. Jugendlandtag erfolgreich beendet



Um 10.11 Uhr am Samstag Vormittag eröffnete die Präsidentin die Plenarsitzung und gab damit den Startschuss für den Höhepunkt des 6. Jugendlandtags. Vorgegebene Anträge des Organisationsteams waren „Kindergartenpflicht einführen“ und „Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte“. Hinzu kamen nach Beschluss des Ältestenrates: Der Eilantrag der SPD-Fraktion „Verbesserung von Hilfen für Kinder und Jugendliche mit Diabetes-1 in Kindergärten und Schulen“ sowie zwei Aktuelle Viertelstunden mit den Themen „Sharia Polizei in NRW“ (auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP) und „Landshaushalt - Finanzielle Lage des Landes NRW“ (auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP).

Und auch hier hat sich bestätigt, dass kein Antrag das Parlament so verlässt, wie er herein gekommen ist. Der Eilantrag der SPD-Fraktion wurde angenommen. Zu den beiden vorgegebenen Anträgen wurden jedoch jeweils noch Änderungsanträge beschlossen.

Beim traditionellen Parlamentarischen Abend am Freitag hatte ich die Gelegenheit, mit meiner Vertretung Iris Abendroth über ihre Eindrücke zu reden. Viel Zeit zum Verschmökern gab es nach Ihrer Schilderung nicht. Denn auch beim Jugendlandtag wurden in Anhörungen Sachverständige zu den Themen gehört. Die Stellungnahmen der Sachverständigen zum Thema "Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte" wurden im Hauptausschuss, im Innenauss-

schuss, im Rechtsausschuss sowie im Unterausschuss Personal diskutiert; der Ausschuss für Schule und Weiterbildung, der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, der Integrationsausschuss sowie der Ausschuss für Kommunalpolitik setzten sich mit den Expertisen zum Antrag "Kindergartenpflicht einführen" auseinander. Die Ergebnisse der Anhörungen wurden dann wieder in den Fraktionen diskutiert.



Ein Wiedersehen gab es am Freitag abend auch mit Sophia Gunzer. Den Newsletterlesern wird sie noch als meine Vertretung aus dem vergangenen Jahr bekannt sein. Sophia saß dieses Jahr im Organisationsteam des Jugendlandtags, welches sowohl den Jugendlandtag vorbereitete, als auch alle drei Tage als Ansprechpartner fungierte. „Als Teamerin war es fast noch spannender als als Teilnehmerin“, so ihre spontane Reaktion. „Dieses Jahr kannte ich mich mit





den Abläufen besser aus, da konnte man sich mehr auf die Inhalte konzentrieren und der Plenardebatte besser folgen. Es war interessant, hinter den Kulissen mitzuarbeiten und die Themen mit zu setzen.“ Insbesondere der Aufwand und auch die Kosten, die der Landtag in dieses Projekt investiert, sind ihr dieses Jahr richtig bewusst geworden. Dieser Eindruck täuscht nicht, denn die Verwaltung legt sich an den drei Tagen richtig ins Zeug: Sie protokolliert, bereitet

vor, lädt ein, druckt, verteilt, erklärt und noch vieles mehr - halt genau wie im richtigen Parlamentsablauf, nur an drei Tagen sehr geballt.

Die Plenarsitzung und damit der Jugendlandtag endete übrigens aufgrund eines Geschäftsordnungsantrages der CDU-Fraktion mit dem Singen der Nationalhymne.

Auch im nächsten Jahr wird wieder eine Jugendliche oder ein Jugendlicher drei Tage meinen Platz im Plenum einnehmen können. Hierauf werde ich wieder frühzeitig in den Medien hinweisen. Wer schon einmal reinschnuppern möchte, findet unten ein paar Links.

Alle Informationen zum Jugendlandtag:
Rückblick - Beschlüsse - Videos

- www.peter-weckmann.de
[direkt zum Video der Plenardebatte](#)
[direkt zu den Beschlüssen des Jugendlandtags](#)
[direkt zur Internetseite des Jugendlandtags](#)
[direkt zur Facebookseite des Jugendlandtags](#)

Landtagstalk zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)

Wann?

Freitag, 26. September 2014
14.30 Uhr bis 17.30 Uhr

Wo?

Landtag NRW, Plenarsaal
Platz des Landestags 1, 40221 Düsseldorf

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben im Sommer 2013 den Startschuss für Verhandlungen über ein Transatlantisches Freihandelsabkommen gegeben. Seitdem beraten Europa und die USA über die Ausgestaltung dieser bisher größten Freihandelszone der Welt und damit das sogenannte Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP, Transatlantic Trade and Investment Partnership).

Dieses Abkommen dient dem Abbau von Handelshemmnissen. Es soll Vorschriften und Regeln in der Wirtschaft Europas und den USA langfristig angleichen. Damit soll der Warenaustausch zwischen den beiden größten Märkten, die zusammen die Hälfte

der Weltwirtschaftsleistung produzieren, deutlich vereinfacht werden.

Doch worum geht es konkret bei den Verhandlungen? Führt TTIP zu Wachstum für alle oder profitieren nur die großen Konzerne? Bekommen Arbeitslose neue Chancen oder sinken Sozial- und Umweltstandards? Die TTIP-Befürworter versprechen Arbeitsplätze. Die Kritiker fürchten die Aushöhlung europäischer Standards.

Chancen und Risiken möchte die SPD-Landtagsfraktion in diesem Landtagstalk mit Interessierten und Experten diskutieren.

Wenn noch Fragen zur Veranstaltung allgemein oder zur Anmeldung bestehen, dann steht mein Büro gerne mit Rat und Tat zur Seite.

Einladungsflyer und Informationen zur Einladung:

- www.peter-weckmann.de
oder [direkt hier klicken](#)

Hochschulzukunftsgesetz verabschiedet

Am 11. September hat der Landtag das Hochschulzukunftsgesetz (HZG) in zweiter Lesung verabschiedet. Mit diesem Gesetz hat die rot-grüne Koalition das Gleichgewicht zwischen den Gremien zur Selbstverwaltung der Hochschulen wieder hergestellt. Das ist ein gutes Signal für die Demokratie in unserem Land. Hier wurden wichtige Akzente bei den Themen Gute Arbeit, Demokratie und Mitbestimmung, Studienerfolg, Gleichstellung und Transparenz gesetzt. Damit wird der Wissenschaftsstandort NRW zukunfts-fähiger sowie die Hochschulen für Studierende und (Lehr-)Personal attraktiver gemacht.

Im Zusammenspiel dienen die Schwerpunkte einer kollegialeren Zusammenarbeit und der Kreativität. Sie sind ein Standortvorteil für unser Land. So sollen beispielsweise durch verbesserte Arbeitsbedingungen und mehr Mitbestimmung für das Hochschulpersonal Spitzenkräfte herangeholt werden. Flexiblere Studienzeiten, bessere Durchlässigkeit und zusätzliche Teilzeitangebote ermöglichen mehr jungen

Menschen ein erfolgreiches Studium. Die Verwendung des zugewiesenen öffentlichen Geldes (in diesem Jahr allein rund sechs Mrd. Euro) wird transparenter. Die Hochschulentwicklung wird nun durch die Zustimmung des Parlamentes, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium und den Hochschulen, beschlossen. Im Gegenzug wird die Freiheit von Forschung und Lehre für alle Mitglieder der Hochschulen nicht berührt.

Vorausgegangen war ein intensiver Dialog der Landesregierung und der rot-grünen Koalition in Düsseldorf mit allen Beteiligten. Auch hier haben wir die Betroffenen einmal mehr zu Beteiligten gemacht und ihre Anregungen berücksichtigt. Herausgekommen ist ein guter und gangbarer Kompromiss!

Weitere Informationen zum Hochschulzukunftsgesetz finden sich auf den Seiten des Ministeriums

- www.wissenschaft.nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

Projekt Bürgerbäume nach Orkan Ela

Unzählige Bäume im Stadtbild der vom Orkan Ela betroffenen Kommunen wurden zerstört - so auch in Essen. Es wird noch Jahre bis Jahrzehnte dauern, bis die Stadt wieder genauso Grün wie vorher erstrahlt.

Bereits im letzten Newsletter hatte ich über die Hilfen des Landes NRW für die besonders sturmgeschädigten Kommunen berichtet, wovon auch Essen profitiert. Die Landesregierung lässt die Kommunen bei den Sturmschäden nicht alleine stehen. Ergänzend zu dem Etat von 30 Millionen hat das NRW-Umweltministerium das Projekt „Bürgerbäume“ ins Leben gerufen. Hierfür stehen 1 Million Euro zur Verfügung.

Das Projekt schließt an die Spenden vieler Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten für neue Bäume nach dem Orkan an. Für jeden Spendeneuro wird aus diesem Topf noch einmal ein Euro draufgelegt.

Zum einen wird hiermit ausdrücklich das Engagement der Menschen vor Ort wertgeschätzt, zum anderen ist es aber auch eine echte Hilfe bei der Wiederaufforstung in den Kommunen. Stadtbäume erfüllen eine wichtige Umweltfunktion.

Voraussetzung für die Auszahlung ist übrigens, dass neue Bäume gepflanzt werden.



Aufregung um die Zukunft des „VGSU“ in Rüttenscheid

Momentan ist in der Medienlandschaft viel über den VGSU zu lesen. VGSU steht für „Verein für Gesundheitssport und Sporttherapie Essen e.V.“. Der Verein hat seine Sportstätte an der Henri-Dunant-Straße neben der alten Pädagogischen Hochschule in Rüttenscheid. Das Gelände gehört dem Land NRW und unterliegt der Verwaltung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW.

Der Verein wurde 1989 von Medizinern und Sportpädagogen gegründet. Heute bietet der Verein ein breites Programm an: Frühförderung von Kleinkindern, Entspannungstraining, Fitnessveranstaltungen, Rehabilitationssport für Betroffene mit internistischen, neurologischen, psychischen oder orthopädischen Erkrankungen. Die Angebote werden von qualifizierten Fachkräften geleitet. 2008 wurde der VGSU vom Land NRW sogar als Behindertensportverein des Jahres ausgezeichnet.

Um den Vorgang hat sich auf Landesebene von 2004 bis 2011 Britta Altenkamp gekümmert, die ihn mir nach meinem Wiedereinzug in den Landtag 2012 übergeben hat. Aus den alten Unterlagen konnte ich ersehen, dass der Verein bereits 2008 die Absicht hatte, Teile des Grundstücks an der Henri-Dunant-Straße zu erwerben. Der Verein gab hierfür zwei Angebote ab (für jeweils unterschiedlich große Teilgrundstücke) im Höhe von 875.000,- € bzw. 900.000,- €. Der Verein zog dieses Angebot im Jahr 2012 jedoch wieder zurück. Seit damals bis zum heutigen Zeitpunkt liefen auf vielen Ebenen Anstrengungen von Britta Altenkamp und mir, um auf Landesebene für die Belange des Vereins zu sensibilisieren. In Kontakt waren wir dabei vereinsseitig hauptsächlich mit dem Vorsitzenden Jürgen Schmagold.

Seit über einem Jahr war nun bekannt, dass das Land das Grundstück veräußern will. Anfänglich war eine Veräußerung nach § 15 Absatz 3 Haushaltsgesetz NRW vorgesehen. Diese Ausnahme im Haushaltsgesetz lässt - mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags - eine Veräußerung direkt und ohne öffentliche Ausschreibung auf

Grundlage einer gutachterlichen Wertermittlung zum Beispiel an Gemeinden, Gemeindeverbände oder mehrheitliche kommunale Gesellschaften zu, wenn das Grundstück kommunalen Zwecken oder der Errichtung von öffentlich gefördertem Wohnraum dienen soll. Oder auch an Studentenwerke für deren gesetzlich festgelegte Zwecke.

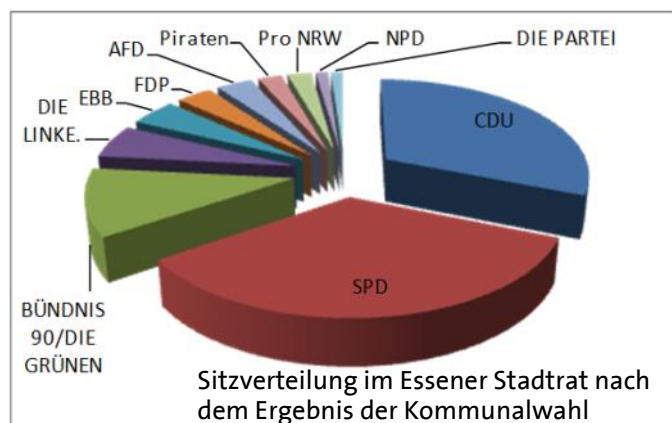
Auch im öffentlichen Bieterverfahren wären nach dieser Ausnahme Beschränkungen auf solche Bieter, die sich vertraglich zur Realisierung städtebaulich oder wohnungspolitisch förderungswürdiger Vorhaben verpflichten möglich. In allen Fällen wäre es dem Verein damit nicht möglich gewesen, sich an dem Bieterverfahren zu beteiligen. Deshalb wurde ich vom VGSU gebeten, mich dafür einzusetzen, dass es nicht zu diesem eingeschränkten Verfahren kommt. Gerne habe ich mich dafür beim BLB und auch beim Landesbehindertenbeauftragten eingesetzt. Mit Schreiben vom 26. Februar 2014 erhielt ich auch vom Landesfinanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans schriftlich die Nachricht, dass es ein öffentliches Bieterverfahren seitens des Landes geben wird. Dieses habe ich dem Verein auch mitgeteilt. Leider konnte dieser sich im anschließenden Bieterverfahren, welches am 31. Juli 2014 endete, nicht durchsetzen. Das Angebot des Vereins von 315.000,- € wurde um 135.000,- € von einem Düsseldorfer Investor überboten. Zwar hat der Verein bis Ende September 2014 noch ein Vorkaufsrecht, doch die Differenz wird nur schwer zu stemmen sein.

Nun heißt es, sich auf die neue Situation einzustellen und Wege für den Verein zu finden. Zum Beispiel könnte man versuchen, die Stadt mit ins Boot zu holen, eine gemeinsame Lösung mit dem neuen Investor zu finden; auch Auflagen in den Bauleitverfahren sind denkbar.

Ich hoffe, dass auch der Initiativantrag des SPD-Ortsvereins Rüttenscheid zum morgigen Parteitag von Erfolg gekrönt sein wird. Gerne helfe ich auch - wie in der Vergangenheit - weiter mit, die Zukunft des Vereins zu sichern.

Zersplitterung in den Räten führt zu Handlungsproblemen

Lange Redelisten, endlose Sitzungen und vor allem schwierige Mehrheitsfindungen. Dieses Bild zeigt sich nach der letzten Kommunalwahl in vielen kommunalen Vertretungen. Viele Splitterparteien – das erschwert die Bildung von Koalitionen in den Räten und Kreistagen und erhöht die Arbeitsbelastung für die ehrenamtlichen Mitglieder in einem Maße, wie es für diese hauptsächlich berufstätigen Bürgervertreter nicht zu stemmen ist.



Vor diesem Hintergrund diskutiert der Landtag die Wiedereinführung einer Sperrklausel. Er hat hierzu ein Rechtsgutachten eingeholt. Laut Gutachten gibt es gegen die Einführung einer 3%-Sperrklausel bei Kommunalwahlen in der Landesverfassung keine verfassungsrechtlichen Bedenken und der Landtag ist auch nicht an das Urteil des Verfassungsgerichtshofes NRW von 1999 gebunden. Damals wurde die bis dahin bestehende Fünf-Prozent-Hürde gekippt.

Das Hauptargument für eine Verfassungsänderung ist: Kommunalvertretungen müssen funktionsfähig sein! Das Gutachten zeigt auf: Die zunehmende Zersplitterung beeinträchtigt nicht nur die Arbeitsabläufe, sondern gefährdet auch in inhaltlicher Hinsicht eine gemeinwohlverträgliche Arbeit.

Schaut man sich die Zahl der Mandatsträger an, die allein oder mit ihrer Zweier-Gruppe keine Fraktion bilden können, so zeigt sich:

Bei der Kommunalwahl 1994 (mit Sperrklausel) gab es mit Ausnahme dreier Kreistage weder Einzelmandatsträger noch Mandatsträger in Zweier-Gruppen.

Ab 1999 (ohne Sperrklausel) stieg die Zahl kontinuierlich bis zu 301 Mandatsträgern in 2014 an. Es gibt nach dem Ergebnis der Kommunalwahl 2014 bei Städten und Kreisen überhaupt keine Volksvertretungen mehr, in denen nicht fraktionsunfähige Zweier-Gruppierungen oder Einzelmandatsträger vertreten sind. In den meisten sind es mehrere solcher Zweier-Gruppen und Einzelmandatsträger.

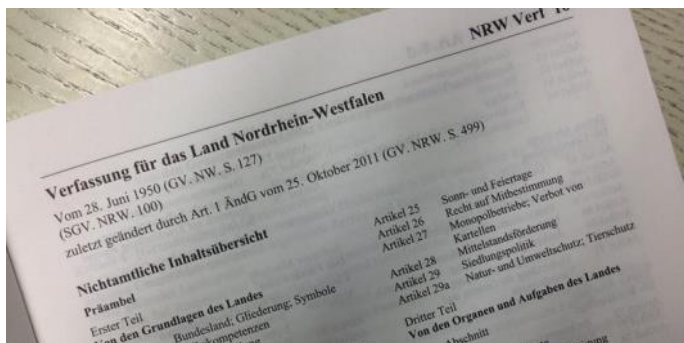
Das Ende der Zersplitterungstendenz ist noch nicht erreicht, die Entwicklung wird sich fortsetzen. Der Gutachter ist der Ansicht, dass der Gesetzgeber nicht abwarten muss, bis die Probleme akut sind, sondern präventiv Maßnahmen ergreifen kann.

Im Gutachten ist von der Wahl als entscheidendem Integrationsvorgang die Rede. Damit ist das Folgende gemeint:

- Nicht gewichtige Anliegen im Volk und nicht gewichtige politische Kräfte dürfen von der Repräsentation in der Volksvertretung ausgeschlossen werden.
- Ziel der Verhältniswahl ist es, ein Repräsentationsorgan zu schaffen, das die wesentlichen politischen Strömungen abbildet.
- Mit Sperrklauseln soll die Bildung ausreichend repräsentativer Meinungen im Land gefördert, die Bildung handlungsfähiger und wahrhaftig repräsentativer Verfassungsorgane erreicht werden.
- Verhindert soll auch werden, dass kleine Gruppen in die parlamentarischen Vertretungen gelangen, die im Wesentlichen nur einseitige Interessen vertreten.
- Durch Sperrklauseln sollen die Parteien angehalten werden, Interessen und politische Strömungen zu bündeln und zu strukturieren.

Wir werden nun im Fachausschuss und im Plenum darüber weiter diskutieren.

Verfassungskommission 2.0 - Mitmachportal gestartet



Bereits im letzten Newsletter habe ich berichtet, dass sich Bürgerinnen und Bürger bei der „Neuaufgabe“ der Landesverfassung einbringen können. Seinerzeit konnten per Email oder Post Anregungen, Wünsche oder Kritik mitgeteilt werden.

Nun wurde zusätzlich eine Mitmachseite auf dem Internetportal des Landtags eingerichtet. Zu vier Themenblöcken können hier Interessierte mit wenigen Klicks Ihre Meinung äußern:

Blog 1: Parlamentarismus und Landesregierung
Von Regeln zum Ende der Wahlperiode über die

Funktion der parlamentarischen Opposition bis zu stärkeren Abgeordnetenrechten

Blog 2: Partizipation
Von einer Änderung des Wahlalters über die Durchführung von Volksinitiativen und ähnlichem bis zur Partizipation auf EU-Ebene

Blog 3: Schuldenbremse
Zur Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung nebst möglichen Sanktionsinstrumenten

Blog 4: Kommunen und Verfassungsgerichtshof
Von Fragen der Subsidiarität und Stellung der kommunalen Selbstverwaltung bis zur Arbeitsweise des Verfassungsgerichtshofs.

Hier geht es zum Mitmachportal:

- www.landtag.nrw.de -> „Parlament & Wahlen“ -> „Ausschüsse & Gremien“ -> „Verfassungskommission“
oder [direkt hier klicken](#)

200ster Stammtisch der IGBCE Essen-Süd

1998 gründete sich die IGBCE Essen-Süd mit ihrem ersten Stammtisch. Am 3. September konnten die Gewerkschaftler um ihren Vorsitzenden Günter Happel zum 200sten Mal einladen. Begangen wurde das Jubiläum in der Gaststätte „Zum Fähmann“ in Heisingen. Und der vollbesetzte Saal ließ nur den



Schluß zu, dass sich die regelmäßigen Treffen immer noch größter Beliebtheit erfreuen.

Ich habe mich sehr gefreut, dass ich ein kleines Grußwort halten durfte. Hierzu nahm ich die Anwesenden mit auf eine kleine Zeitreise durch 16 Jahre Stammtischgeschichte. Dabei hielt ich mich an die Regel „man darf über alles reden, nur nicht über zehn Minuten“, denn alle Anwesenden freuten sich auf das anschließende Programm von Ernie Broszik.

Es war nicht mein erster Termin mit der IGCBE Essen Süd. In den letzten Jahren war ich mehrfach vor Ort und am 26. September 2013 fand ein Gegenbesuch an einem Plenartag im Landtag statt. Bereits damals hatte ich meine Teilnahme für den 200sten Stammtisch fest zugesagt.

Ortstermin beim Asylbewerberheim Dilldorf und beim CJD Zehnthof



Die Sommerpause nutzte ich traditionell, um einige Termine „nachzuholen“. Unter anderem besuchte ich mit Anke Löhl und Rolf Reithmayer vom SPD-Ortsverein Kupferdreh das Asylbewerberheim in Dilldorf. Auch vor dem Hintergrund der aktuellen kommunalen Debatte war es ein spannender und beeindruckender Termin. Anwesend war auch Ridda Martini vom Dienstleister European Homecare, welcher dieses Heim und auch das in Frintrop betreut. Angesprochen auf die Diskussionen um die neu geplanten Standorte im Stadtgebiet, konnten die Anwesenden sich noch sehr gut an die Proteste erinnern, die am Anfang auch in Dilldorf vorherrschten. Es ist jedoch gelungen, aus den Vorbehalten eine Chance für ein gutes Miteinander zu machen. Ein wichtiger Baustein hierzu ist der offene Dialog wie auch die 24 Stunden Betreuung. Als unverzichtbar habe ich auch das große soziale ehrenamtliche En-

gagement der Anwohnerinnen und Anwohner erlebt. Ich hoffe, dieser Einsatz gilt den neuen Standorten als gutes Beispiel. Integration und ein gutes Miteinander können nur gemeinsam gelingen.

Ein anderer Termin führte mich zum CJD Zehnthof. Einmal im Jahr lädt der Verein „Christliches Jugenddorf Deutschland e.V.“ (CJD) die Mitglieder des Landtags zu einem parlamentarischen Frühstück in Düsseldorf ein und berichten über die Arbeit der mehr als 150 Jugenddörfer bundesweit. Schon lange hatte ich einen „Gegenbesuch“ vorgehabt, nun kam ich endlich dazu. Gemeinsam mit Jugenddorfleiter Wilhelm Kämpkes und Mitarbeiterin Paloma Knipping besichtigte ich das weitläufige Gelände.



Der Leitgedanke der christlichen Jugenddörfer „Keiner darf verloren gehen“ ist dem Motto unserer Landespolitik „Kein Kind zurücklassen“ sehr nah und hat mich neugierig gemacht. Das wurde vor Ort auch mit Leben gefüllt: In verschiedenen Bereichen werden junge Menschen ausgebildet, zum Beispiel in der Gastronomie und im Garten- und Landschaftsbau. Außerdem gibt es Unterbringungsmöglichkeiten für schwangere Frauen und junge Mütter in schwierigen persönlichen Lebenslagen. Hier wird jeder Mensch individuell nach seinen Möglichkeiten mit allen Unzulänglichkeiten und Schwächen gefördert. So erhalten bundesweit rund 155.000 Menschen eine Chance im Leben.



So erreicht Ihr mich:

Peter Weckmann

Landtag NRW
Postfach 10 11 43
40001 Düsseldorf

Telefon (0211) 8842630
Telefax (0211) 8843064

peter.weckmann@landtag.nrw.de
www.peter-weckmann.de
www.facebook.com/peter.weckmann